



**mouvement
écologique**

4, rue Vauban / L-2663 Luxembourg
Tél.: 43 90 30 1 / Fax: 43 90 30 43

meco@oeko.lu
www.oeko.lu

CCP LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

1.04.2013
Paraît au moins 12 fois par an

de Kéisecker info

Périodique du mouvement écologique a.s.b.l.

Leiw Member,

Dëser Deeg hutt Dir den Aktivitéitsbericht 2012 vum Mouvement Ecologique kritt. Et ass scho beandrockend, wat e puer Haptamtlecher a ganz vill Eirenamtlecher am Joer 2012 initiéiert an bewegt hunn. D'Iddi vun der Biergerbedeelegung ass no virbruet ginn a villes méi.

Mir kënnen hautesdags - besonnesch zu Lëtzebuerg - laang op d'Politik warden, datt si nei Akzenter setzt: Gesellschaftlech Verännerungen komme vun ënnen, brauchen och den Drock op d'Politik a virun allem eng Politik wou bereed ass, sech Zukunftsherausforderungen ze stellen. An do war 2012 leider e mannert gutt Joer, wéi och d'Präsidentin vum Mouvement Ecologique an hierer Ried (Seiten 4 a 5) duergeluet huet.

Eisen Engagement bewegt... a verännert awer. A wann een erem d'Planoplie vun dësem Info geseit da weess een: de Meco ass dynamesch wéi ëmmer!

Mir sinn awer och frou fir nei Memberen! Duerfir: schwätzt Leit un fir eis ze ënnerstetzen. Grad de neien Aktivitéitsbericht ass e gutt Instrument derfir!



KONGRESS 2013 VUM MOUVEMENT ECOLOGIQUE

Oekozer Pafendall, die „Jongbaueren a Jongwënzer“ und die Regionale Westen des Mouvement Ecologique laden Sie hiermit herzlich ein zu einer Filmvorstellung

Raising Resistance

Widerstand gegen den Boom der (Soja-) Bohne... und die Situation in Luxemburg

am Montag, den 8. April 2013, um 19.00 Uhr in d'Millen
103, Huewelerstrooss, L-8521 Beckerich

Oekozer Pafendall und die „Jongbaueren a Jongwënzer“ führen derzeit ein Projekt durch, in dem wir untersuchen wollen, wie in Luxemburg verstärkt selbst Tierfutter angebaut werden kann. Dies mit dem Ziel, dass unser Land unabhängiger von Sojaimporten aus Ländern der Dritten Welt wird.

Der Abend soll erlauben einen Einstieg in das Thema aus den verschiedenen Perspektiven zu erhalten.

Programm

- 19.00 - Südamerikanisches Gen-Soja und seine Bedeutung für die Landwirtschaft in Luxemburg und Europa.
Katharina David, Landwirtschaftsberaterin des Oekozer Pafendall und der Jungbauern
- 19.15 - Dokumentarfilm „Raising Resistance“
- 20.40 - Fallbeispiel: wie ersetzt man Sojaschrot durch heimische Eiweißpflanzen?
Christian Hahn, Landwirt
- 21.00 - Patt

Mit der freundlichen Unterstützung von „d'Millen“ und „Gemeng Biekerech“



Veranstaltungen

Mouvement Ecologique, Oekozer Pafendall und Akut a.s.b.l. laden Sie herzlich ein zu der Konferenz

Belastungen durch Mobilfunkanlagen minimieren: die Rolle kommunaler Standortkonzepte

am Mittwoch, den 10. April 2013, von 18.15 - 20.00 im
Tramschapp, Limpertsberg, 49 rue Ermesinde

Seit jeher sorgen auch in Luxemburg Mobilfunkantennen für reichlich Gesprächsstoff. Dabei stehen natürlich die Fragen im Vordergrund, welche Gesundheitsgefahren von diesen ausgehen, und wie man diese reduzieren kann. Die Veranstaltung soll

- Aufschluss geben über die rechtliche Lage bezüglich der Genehmigung von Mobilfunkanlagen in Luxemburg und die Einflussmöglichkeiten der Gemeinden;
- einen Überblick über mögliche Umweltauswirkungen und gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Mobilfunknetze vermitteln;
- die Rolle der Gemeinde darlegen: Vorsorge, Information und Beratung, Transparenz und Koordination beim Bau neuer Sendeanlagen. Dabei kommt vor allem die Idee der Erstellung eines „Standortkonzeptes“ zum Tragen.

Programm

- 18.15 - Begrüßung: *Fränz Hengen, Verantwortlicher des Mouvement Ecologique*
- 18.20 - Rechtliche Grundlagen in Luxemburg: *Claude Geimer, beigeordneter Direktor, Umweltverwaltung*
- 18.35 - Verminderung der Gefährdungen durch Mobilfunksendeanlagen über kommunale Standortkonzepte: *Bernd Rainer Müller, Ingenieurbüro für Arbeitsschutz und Messtechnik, Lage*
- 19.15 - Das Standortkonzept der Gemeinde Luxemburg - Anregung für andere Gemeinden: *Pierre Schmitt, Umweltbeauftragter der Stadt Luxemburg*
- 19.35 - Allgemeine Diskussion und Schlusswort gegen 19.55 von *Jean Huss, Präsident von Akut*

Eine Anmeldung bis zum 7. April ist notwendig: E-Mail: catherine.lauer@oeko.lu. Sie finden aber auch ein Anmeldeformular auf www.meco.lu



Wasserpolitik

Opruff

Beteiligen Sie sich an der Unterschriftenaktion gegen die Liberalisierung im Wasserbereich!



Untenstehend finden Sie die Motion, die vom Kongress 2013 des Mouvement Ecologique zum Thema Wasserwirtschaftspolitik verabschiedet wurde. Damit verbunden ist der Aufruf an alle Mitglieder, sich der europäischen Bürgerinitiative „Wasser ein Menschenrecht“ anzuschließen! Mit dieser Unterschriftenaktion wird die Europäische Kommission aufgefordert, das Grundrecht auf Wasser in der Europäischen Union mittels geeigneter Instrumente sicherzustellen. Die Initiative wird sehr breit getragen: Organisationen der Zivilgesellschaft, Gemeinden, Bürgermeister, Gewerkschaften...

Bereits über 1.300.000 Unterschriften wurden

gesammelt! Aber: um wirklich erfolgreich zu sein, wird ein Minimum an Unterschriften von 7 EU-Ländern benötigt. Das Quorum wurde bis dato in 4, evtl. bereits 5 Ländern erreicht. Damit Luxemburg beitragen würde die Zahl auf 7 zu erhöhen, bräuchten wir 4.500 Unterschriften. Die Zahl liegt derzeit bei etwa 2000! Deshalb beteiligen Sie sich unbedingt, unterschreiben Sie auf der Seite www.right2water.eu/de oder schicken Sie den Link weiter an interessierte Personen, damit wir in Luxemburg das notwendige Quorum erreichen!!

Wortlaut der Unterschriftenaktion auf www.right2water.eu/de - unterschreiben Sie!

Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht – Wasser ist ein öffentliches Gut, keine Handelsware

Wir fordern die Europäische Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlags auf, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen durchsetzt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert. Diese EU-Rechtsvorschriften sollten die Regierungen dazu verpflichten, für alle Bürger und Bürgerinnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine sanitäre Grundversorgung sicherzustellen. Wir stellen nachdrücklich folgende Forderungen:

1. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung haben.
2. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen dürfen nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.
3. Die EU verstärkt ihre Initiativen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen.

Wasserwirtschaft

Resolution Kongress

Wasserwirtschaft: Es geht um mehr als um den Wasserpreis: Nein zur Privatisierung der Wasserwirtschaft – Ja zu einer strukturellen Reform in Luxemburg!

Derzeit fokussiert sich die Debatte um die Luxemburg Wasserschutzpolitik in höchst befremdlichem Ausmaß auf die Gestaltung des Wasserpreises. Der Mouvement Ecologique möchte sich jedoch bewusst nicht in die Debatte der Preisgestaltung einmischen, die dazu führt, dass die zentralen Fragen der Wasserwirtschaft nicht gestellt und überlagert werden. Es gilt vielmehr, die wirklichen Mängel der heutigen Wasserwirtschaftspolitik zu thematisieren.

Innenminister J.-M. Halsdorf hat auch vor kurzem die Gemeinden und andere Akteure mittels Fragebogen aufgefordert zum Thema Trinkwasserpreis und Organisation der Trinkwasserversorgung Stellung zu beziehen. Gefragt wird dabei u.a. auch, in wieweit die Befragten einer Liberalisierung der Wasserwirtschaft bzw. "abgeschwächten" Modellen, wie z.B. einem „Public Private Partnership“, zustimmen könnten.

Der Kongress des Mouvement Ecologique hätte erwartet, dass der Minister bereits als Grundsatzentscheidung zum Fragebogen der Privatisierung im Wasserwirtschaftsbereich eine klare Absage erteilt hätte! Die Tatsache, dass der Minister im Fragebogen auch das Gespenst der (Teil-) Privatisierung als Option der Luxemburger Wasserwirtschaft skizziert, stellt eine sehr gefährliche Öffnung dar, die – auch wenn sie rein taktisch sein sollte – eine nicht kontrollierbare Dynamik auslösen könnte.

Der Mouvement Ecologique hätte deshalb von vornherein ein ausdrückliches Nein zu Privatisierungstendenzen als Basis des Fragebogens vorgezogen und darauf aufbauend Fragen nach einer Verbesserung und Effizienzsteigerung der öffentlichen Strukturen in Luxemburg gestellt.

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique richtet deshalb folgenden Appell an die Regierung im Allgemeinen, an Innenminister J.-M. Halsdorf sowie an die betroffenen Strukturen im Wasserwirtschaftsbereich:

1. Bestandsaufnahme der Umsetzung des Wasserwirtschaftsgesetzes – Qualität des Wasserschutzes in den Vordergrund stellen

2008 erhielt Luxemburg ein neues Wasserwirtschaftsgesetz, basierend auf der entsprechenden EU-Direktive. In diesem werden klare Ziele zum Erreichen eines guten Zustandes des Oberflächen- und Grundwassers u.a. Vorgaben mehr gesetzt. Luxemburg hinkt bei der Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben auf gravierende Weise den anderen EU-Mitgliedsstaaten hinterher.

Der Kongress des Mouvement Ecologique fordert eine für die interessierte Öffentlichkeit nachvollziehbare Bestandsaufnahme der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben, der Ursachen für die Nicht-Umsetzung und des weiteren Vorgehens / Timings sowie eine weitaus konsequentere Politik in Sachen „Wasserschutz und -qualität“.

Dass hierbei auch die Finanzierungsmechanismen eine wichtige Rolle spielen, liegt auf der Hand. Die Aufteilung der Zuständigkeiten des öffentlichen Fonds de l'Eau (der durch die Abga-

ben „taxe de rejet et de prélèvement“ gespeist wird) und der durch den kostendeckenden Wasserpreis viel besser versorgten Syndikate ist weiterhin ein Politikum. Hier braucht es u.a. auch einen Mentalitätswandel der Syndikate, in Richtung einer Wahrnehmung von Verantwortung für das Allgemeinwohl jenseits einer reinen betriebswirtschaftlichen Betrachtung. Hierin liegt das wesentliche Argument öffentliche Betreiber in der Wasserwirtschaft zu befürworten.

2. Strukturelle Reform der Wasserwirtschaft angehen

Ohne grundsätzliche Überarbeitung der heutigen Strukturen der Wasserwirtschaft ist eine zügige Umsetzung der Ziele der EU-Vorgaben kaum möglich. Diese Analyse hatte der Mouvement Ecologique bereits bei der Schaffung des Wasserwirtschaftsamtes geführt und sie hat sich als richtig erwiesen. Der Mouvement Ecologique drängt auf eine Strukturreform in der Wasserwirtschaft: die Strukturen müssen weitaus effizienter organisiert sein, um somit auch jeder Argumentation betreffend die Notwendigkeit einer Privatisierung von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen.

- Unerlässlich ist, dass im Rahmen der nächsten Regierungsbildung die Wasserwirtschaft dem Umweltministerium übertragen wird. In diesem Zuge sollte dann auch das **Wasserwirtschaftsamt reformiert** werden, denn nach der Zusammenlegung mehrerer Dienststellen im Wasserwirtschaftsbereich fehlt es leider noch an einer kohärenten Gesamtstrategie der Rolle der Verwaltung. Mit den heutigen Strukturen und der jetzigen Personaldecke wird das Amt in keiner Form all jene Aufgaben erfüllen können, die ihm im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie übertragen wurden. Dabei muss u.a. eine Trennung der Regulations- und Kontrollfunktion des Amtes erfolgen.

- Zudem sollte ein für alle Mal eine klare **Kompetenzaufteilung zwischen staatlichen, regionalen und kommunalen Akteuren** erfolgen. Syndikate und Gemeinden sind als dynamische Partner anzusehen, die eine Rolle übernehmen, die u.a. komplementär zum Wasserwirtschaftsamt wäre. Das Amt wäre auf diese Weise entlastet, die Verantwortlichkeiten könnten rational gegliedert, die anliegenden Arbeiten effizienter übernommen, die unterschiedlichen Kompetenzen genutzt werden.

3. Nein zur Privatisierung der Wasserwirtschaft!

Der Mouvement Ecologique spricht sich in aller Deutlichkeit, wie zahlreiche andere Akteure auch, gegen eine wie auch immer geartete Privatisierung im Bereich Wasserwirtschaft aus. Insofern unterstützen wir auch die europäische Petition <http://www.right2water.eu/de> und fordern ebenfalls unsere Mitglieder auf, diese zu unterzeichnen:

Zudem fordert der Kongress des Mouvement Ecologique

- die Regierung auf, diese Position mit aller Konsequenz auf EU-Ebene zu vertreten, ebenfalls im Rahmen der Dienstleistungskonzessionslinie und sich in aller Deutlichkeit gegen eine Privatisierung im Wasserwirtschaftsbereich auszusprechen;
- die Luxemburger EU-Abgeordneten auf, im Europäischen Parlament ebenfalls in diesem Sinne abzustimmen.

Neue „PAGs“

Resolution Kongress

Méi Biiirgerbedeelejung an eise Gemengen

Die zweite Motion, die vom Kongress 2013 des Mouvement Ecologique verabschiedet wurde, fordert die Regierung, die Abgeordnetenkammer sowie die Gemeinden auf, ein «Mehr» an Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Sie finden die detaillierte Motion im Folgenden. Aufgrund dieser Motion wurde ebenfalls eine weitere Pressemitteilung zum Thema «Erstellung der PAGs» veröffentlicht, die ebenfalls auf dieser Seite des Kéisecker-Info veröffentlicht wird.

Derzeit werden die Flächennutzungspläne (PAG) in nahezu allen Luxemburger Gemeinden aufgrund der gesetzlichen Vorgaben überarbeitet. Der PAG regelt weitaus mehr als nur die Ausweisung von räumlichen Nutzungszonen, d.h. wo gebaut werden darf und wo nicht. Es handelt sich beim PAG auch um einen kommunalen Entwicklungsplan, der ebenfalls zentrale Elemente der Funktionsmischung, der Mobilitätsplanung, der Durchgrünung der Ortschaften u.a.m....regelt.

Der Kongress 2013 des Mouvement Ecologique stellt fest, dass

- die Regierung auf nationaler Ebene Pläne ausarbeitet, welche die Flächennutzungspläne der Gemeinde entscheidend prägen werden, dies aufgrund von Vorgaben, welche die Mobilität, das Wohnen, die Aktivitätszonen sowie die Naturräume in den Gemeinden mitbestimmen, ohne dass die Gemeinden jedoch ausreichend über diese Pläne informiert, geschweige denn aktiv in die Erstellung einbezogen wurden ;
- der PAG eines der wichtigsten Instrumente für die Lebensqualität aller EinwohnerInnen in der Gemeinde darstellt und den Rahmen für die zukünftige Entwicklung in allen Bereichen absteckt (Entwicklung der Bevölkerung, der Wirtschaft, der Nutzung des Raumes...);
- angesichts des scheinbar immer noch bestehenden Wachstumsdrucks in zahlreichen Gemeinden zudem die Frage ansteht, wie stark sie sich entwickeln wollen oder nicht ;
- die BürgerInnen derzeit nur sehr begrenzt in die Erstellung der PAG's eingebunden werden;
- dies jedoch kein Einzelfall darstellt; generell werden die BürgerInnen sowohl auf nationaler, regionaler als auch kommunaler

Ebene recht wenig in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden, von diversen Informationsversammlungen mal abgesehen;

- sogar das Informationsrecht in Luxemburg äußerst unzufriedenstellend geregelt ist und der diesbezüglich vorgelegte Gesetzesentwurf kaum Fortschritte erkennen lässt,

und richtet deshalb einen dringenden Appell an

- **das Nachhaltigkeitsministerium**, die Gemeinden umgehend über die generellen Leitlinien der sektoriellen Pläne zu informieren und auch verstärkt in deren Fertigstellung einzubinden;
- **das Innenministerium**, umgehend der Abgeordnetenkammer einen Reformtext zum Gesetz betreffend die Flächennutzung zu unterbreiten, der folgende 2 Abänderungen vorsieht:
 - * der Zeitrahmen für die Erstellung der Flächennutzungspläne der Gemeinden soll bis 2015 verlängert werden - ohne, dass die Gemeinden hierzu eine "Sondergenehmigung" anfragen müssen - um somit zu gewährleisten, dass die Leitlinien der sektoriellen Pläne auch einfließen können und eine Bürgerbeteiligung ermöglicht wird;
 - * zudem sollte die Bürgerbeteiligung an der Erstellung des Flächennutzungsplanes zu einem frühen Zeitpunkt gesetzlich verankert werden (zum Zeitpunkt der Erstellung bzw. Diskussion der Entwicklungsszenarien im Rahmen der „étude préparatoire“ der PAG's);
- **das Bildungs- bzw. das Hochschulministerium** eine Aus- / Weiterbildung zur Qualifikation von Fachleuten im Bereich „Prozesse der Bürgerbeteiligung“ zu gewährleisten;

- **die Abgeordnetenkammer**, den Gesetzesentwurf der Regierung zum Informationszugang der BürgerInnen im Sinne des amerikanischen „freedom of information act“ in der Substanz zu überarbeiten;

- **die Gemeinden:**

* eine grundsätzliche Entscheidung zur breiten Beteiligung der BürgerInnen im Rahmen relevanter Planungen in der Gemeinde im Allgemeinen sowie bei der Erstellung des neuen PAG im Besonderen zu treffen, dies in Erwartung einer einzuführenden gesetzlichen Verpflichtung. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch Ihre Wünsche wirklich berücksichtigt werden, ihr Wissen einfließen sowie auch Akzeptanz für den PAG geschaffen werden kann;

* entsprechend eher eine Priorität auf eine Einbeziehung der BürgerInnen statt auf eine schnelle Verabschiedung des PAG zu legen. Dies bedeutet vor allem auch, dass die Gemeinden den BürgerInnen die „étude préparatoire“ des PAG breitestmöglich vorstellen und mit Ihnen diskutieren, besonders was die darin enthaltenen Entwicklungsszenarien für die Zukunft anbelangt;

* die Vielfalt der Instrumente zur Bürgerbeteiligung zu nutzen (von Bürgerversammlungen über Arbeitsgruppen, gezielten Gesprächen bis zu Ortsbegehungen);

* sich falls nötig bei derartigen Prozessen von einem externen, auf Partizipationsprozesse spezialisierten, Fachleuten begleiten zu lassen.

* eine regionale Abstimmung ihrer Vorgehensweise im Rahmen des PAG mit den Nachbargemeinden gewährleisten

* und im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden, vor allem in den sogenannten „Konventionsgebieten“, zumindest die gleichen demokratischen Kriterien als bei Syndikatsstrukturen zu berücksichtigen und den Gemeinderat wie auch die BürgerInnen einzubinden.

Neue Flächennutzungspläne (PAGs) der Gemeinden: Statt künstlichem Zeitdruck seitens der Regierung: sektorielle Pläne berücksichtigen und Beteiligungsprozess der BürgerInnen ermöglichen!

Das Gesetz betreffend die Flächennutzung in den Gemeinden von 2004 sieht vor, dass jede Gemeinde bis August 2013 einen neuen Flächennutzungsplan (PAG) erstellt haben muss. Hier wird erheblicher Zeitdruck auf die Gemeinden ausgeübt, wobei der Staat selbst seine Hausaufgaben in diesem Bereich noch nicht gemacht hat!

Denn die Gemeinden sind gehalten, in ihren PAGs die Vorgaben der Landesplanung umzusetzen. D.h. auch die 4 sogenannten sektoriellen Pläne, die Vorgaben betreffend die Siedlungsentwicklung, die Ansiedlung von Aktivitätszonen, den Schutz von Natur und Landschaft sowie die Mobilität machen. Diese können - wie leicht zu verstehen ist - erhebliche Auswirkungen auf die PAGs haben. Die sektoriellen Pläne liegen im Detail jedoch noch immer nicht vor, dies weil zunächst die Reform des Landesplanungsgesetz unter Dach und Fach gebracht werden soll. Im Übrigen müssen sie noch eine öffentliche Prozedur durchlaufen, welche auch den BürgerInnen das Recht gibt sich dazu zu äußern. In anderen Worten: die sektoriellen Pläne werden erst in Kraft treten, wenn die Gemeinden ihre Bebauungspläne schon abgeschlossen haben müssten. Skurriler geht es nicht... Gemeinden sollen staatliche Auflagen berücksichtigen... die noch nicht vorliegen...!

Mehr und mehr Gemeinden sind im Übrigen der Überzeugung,

dass es sinnvoll ist, die BürgerInnen stärker an der Erstellung der PAGs zu beteiligen. Dies um das Wissen der BürgerInnen zu nutzen; den Plan so zu gestalten, dass er auch wirklich zu einer Verbesserung der Lebensqualität beiträgt; einen Konsens z.B. über das wünschenswerte Bevölkerungswachstum herbeizuführen u.a.m.

Ein solcher Beteiligungsprozess braucht Zeit; er erlaubt allerdings eine höhere Akzeptanz herbei zu führen und ggf. unnötige Polemik von vornherein zu vermeiden, so dass in der Regel in der Umsetzungphase wiederum Zeit eingespart werden kann. Gerade im Rahmen der Erstellung bzw. der Diskussion der sogenannten "étude préparatoire", wo Leitlinien für die Entwicklung der Gemeinde festgelegt werden, würde sich die Beteiligung der BürgerInnen aufdrängen. Wenn das Innenministerium auf dem Termin von August 2013 beharrt, wird das aber nur begrenzt oder schwer möglich sein.

Das heutige Gesetz sieht vor, dass Gemeinden eine Verlängerung des Zeitraumes um max. 2 Jahre anfragen können. Der Mouvement Ecologique macht - angesichts der vorgebrachten Argumente - einen dringenden Appell an die Regierung im Allgemeinen und das Innenministerium im Besonderen:

- allen Gemeinden eine zweijährige Verlängerungsfrist zu ge-



Der Mouvement Ecologique richtet einen Appell an Staat und Gemeinden, die Erstellung der PAGs langsamer anzugehen, damit die Gemeinden dabei sowohl die Vorgaben der Landesplanung berücksichtigen als auch die BürgerInnen einbinden können.

währen (und dies - falls notwendig - entsprechend gesetzlich zu regeln).

- eine Bürgerbeteiligung an der Erstellung des PAG gesetzlich bzw. durch Abänderung des großherzoglichen Reglements betreffend die "étude préparatoire" zwingend vorzuschreiben.

Dies im Interesse eines Mehr an Demokratie und einer kohärenten Zukunftsplanung.

Mouvement Ecologique asbl

Nationalkongress 2013

top thema

Eröffnungsried vum Blanche Weber, Präsidentin Mouvement Ecologique

Ech hat nach ni esou Problemer d'Ried fir de Kongress ze schreiwe wéi d'Joer. A wat ech méi dru gebruecht hunn u wat et kéint leien, wat mär méi bewosst ginn ass, datt et wuel och un eiser Vilfalt fir déi mär als ONG asti läit.

Un eiser parteipolitescher Onofhängegkeet, un eiser Loscht op gesellschaftlech Visiounen, un der Tatsaach, datt mär eis zwar u klénge Fortschreiter erfrees kënnen - wann och net ëmmer genuch - ma eigentlech méi wëllen. An et fällt mär grad d'Joer e bësse méi schwéier fir d'ar Vilfalt vun eisen Zieler, och de verschiddenen Affinitéite vun lech déi hei sëtzt gerecht ze ginn. Firwat?

2012: intern e gutt Joer

Wann ech esou dat lescht Joer Revue passéiere loosse, d'fält mär als éischt an, datt beandrockend vill Leit bereet waren - seguer am léifsten hannert de Kulissen - op d'ës oder déi Aart a Weis bei eis matzeschaffen. Jo, sech och den net onbedingt ëmmer einfachen, awer ëmmer liewegen Diskussiounen bei eis ze stellen; sech mat dem anere senger Meinung déi ee respektéiert ausenanesetzen; ze diskutéieren; heiansdo ëm Nuancen ze réngen; sech mat Leidenschaft anzebréngen. Jo, dat Beméien ëm Inhalter. Wann ech op eppes kann houfreg sinn, dann ass et, datt esou engagéiert Leit, mat esou vill Kreativitéit, Éierlechkeet, ouni Muechtinteresse, engem oft besonnesch spannende Bléck op d'Gesellschaft mech als Presidentin gewielt hunn.

Jo, intern hate mär e gutt Joer an dat soll och op engem Kongress gewierdegt ginn. Dee wou weess, wéivill Aarbecht hannert enger eenzelner Positioun stécht, enger Aktioun, enger Initiativ och an enger Regional, dee weess, wéivill éirenamtlech an haaptamtlech Häerzblutt, Wëssen duerfir noutwenneg war. En décke Merci.

De Mouvement ... sech den Défisen stellen

Sécher, et ass net alles rosarout bei eis, mär musse eis Défië stellen. Intern hu mär e puer Entwécklungen an d'Wee geleet. Mär hunn eisen neie Sätz am neien Oekozerter weider entwéckelt, wou allerdéngs nach eng ganz Rei vu Mo-

dalitéite mat dem Staat an der Gemeng ze kläre bleiwen, ir mer iwwerhaupt ufänke kënnen eis Iddien do ëmzesetzen. Mär hunn eis och mat der interner Opdeelung vun de Regionale befaasst, si frou haut bei enger Regional Gaascht ze si wou sech nei opstellt, hunn de Schrack gemaach eng nei Plaz am Mouvement auszuschreiwen. Well wa mär eng intern Lück hunn, dann ass dat, datt Engagement bei eis net ëmmer einfach ass. Mär fuerderen eisen Engagéierte vill of, mär erwaarde scho vill Wëssen, erméiglechen neie Leit net einfach genuch bei eis eranzekommen. Do musse mär eis „besseren“, wat awer och nei personell Méiglechkeete voraussetzt, wou hoffentlech 2013 kommen. Éirenamtlechen Engagement brauch eben och en haaptamtleche Kader, deen éirenamtlechen Engagement vereinfacht. Well mär hu vill Leit wou wëlle bei eis matmaachen, a wou mär awer nach méi d'Chancë mussen derzou ginn. Mär mussen och Weeër fanne fir Jonken eng Chance ze ginn, 2012 ware ganz positiv Usätz do, ma wéi esou oft konnte se just begrenzt ëmgesat ginn, och well aktiv Jonker op der Uni sinn... Wéi ka Jugendengagement och ënnert deene Voraussetzungen, déi mär net beaflosse kënnen, awer bei eis méi méiglech ginn?

Wuessend Ufuerderungen managen

Och en aneren Thema ass net esou einfach: et ass bal onvirstellbar, wéi d'Ufuerderungen an d'Erwaardungen un eis klammen. E Bam gett gefällt, zevill mutwëlleg Streessalz agesat mär ginn opgefuedert ze reagieren, e Member fënnt eis Pestizidenaktioun gutt ma bedauert, datt mär dat net iwwert d'Grenzen eraus verbreederen, och an Ostblocklänner, e Renaturéierungsprojekt ass anzwusch geplangt, wat ass fachlech der-vun ze halen, et leeft eng Ënnerschréftenaktioun zur Rettung vun enger Aart an Asien, firwat si mär net méi derhannert Jo, alles dat gëtt vun eis erwaart. Mär packen dat net alles, mär kënnen dat net packen. Eist Bild no baussen ass da vläit an engem gewësse Sënn ze staark, mär gi vläit och zevill als DEI Referenz gesinn, vläit och heiansdo als Stellverrieder, dee sech dem alles unhuele soll. Et ass eigentlech fantastesch, datt d'Leit eis esou trauen a sech un eis wenden, ma

Bericht der Generalversammlung / des Kongresses 2013 des Mouvement Ecologique asbl am 16. März 2013 (14.30 – 18.30) in der Gemeinde Lorentzweiler

Als erster Redner begrüßte **Camille Muller, Verantwortlicher der Regionale „Uelzechtall“** die TeilnehmerInnen. In seinen einführenden Worten ging er vor allem auf die Entwicklung der Konvention zwischen Staat und Alzettetalgemeinden ein.

Es war dann **Blanche Weber**, die in ihrer Rede vor allem auch auf die interne Entwicklung des Mouvement Ecologique einging, Erfolge und Strategien aus dem Jahre 2012 darlegte und hervorhob, dass gesellschaftliche Veränderungen „von unten“ kommen sowie langen Atem brauchen. Von der Politik würde mehr Glaubwürdigkeit und Konsequenz erwartet, unser Land in Richtung nachhaltige Gesellschaft fortzuentwickeln.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde wie vorgesehen, der **Tätigkeitsbericht** des Mouvement Ecologique dargelegt. Pol Polfer, Koordinator des „Klima-Bündnis Lëtzebuerg“, stellte die Aktivitäten des Mouvement Ecologique im Klima-Bündnis Lëtzebuerg dar. Françoise Schlink, Koordinatorin des «Oekozerter Pafendall», berichtete über die Aktivitäten des Oekozerter Pafendall. Emile Espen, Präsident der Stiftung Ökofonds, legte die Aktivitäten der Stiftung Ökofonds im Rahmen des Finanzbe-

richtes des Mouvement Ecologique dar.

Emile Espen, Tresorier, oblag es die Konten 2012 darzulegen, zu denen ein positives Gutachten der Kassenrevisoren André Gilbertz und Patrick Loewen vorlag. Patrick Loewen und André Gilbertz nahmen ebenfalls an der Sitzung teil und bestätigten eine gute Finanzgestion. Ebenfalls vorgeschlagen wurde ein Budgetentwurf 2013. Die Konten 2012 und der Budgetentwurf 2013 wurden von der Generalversammlung „par acclamation“ gutgeheissen.

Beide Kassenrevisoren stellten erneut ihre Kandidatur, eine neue Kandidatur lag nicht vor. Die beiden Kassenrevisoren von der Generalversammlung „par acclamation“ in ihrem Amt bestätigt.

Nach der Vorstellung der Aktivitäten und des Finanzberichtes fand ein **regier Austausch über aktuelle umweltpolitische Themen** statt. Besonders diskutiert wurde über die Reform des Naturschutzgesetzes, die Rolle des Nachhaltigkeitsministeriums sowie den Klimapakt zwischen Gemeinden und Staat.

Daraufhin erteilte die Generalversammlung dem Verwaltungsrat die Entlastung „par acclamation“.

Tom Gallé stellte daraufhin den **Motionsentwurf des Verwaltungsrates zur Wasserwirtschaft und zur**

mär sin eng ONG wou zu 95% um Éirenamt baséiert an eng mini haaptamtlech Equipe huet. Eis Grenzen ze vermëttelen, ze respektéieren, eis Kräfte anzedeele ouni Leit ze toufen, Leit stäerken an eescht huelen ouni eis ze iwwerhuelen, muss weider en zentraalt Zil vun eis sinn. A wat den Drock op d'Landschaft, op d'Natur zouhëlt, wat deen do Défi sécherlech ëmmer méi grouss gëtt.

Ma eis intern Entwécklung ass bei allen Défië positiv, mär si breet opgestallt an eng staark Organisatioun.

2012 – et gouf och esou muenches erreicht

Wann ech da kucken, wat mär alles esou erreicht hunn, kënnen mär och zefridde sinn. Den Théid Faber huet 2012 de Slogan geprägt, „*mär gewannen all Match*“. An effektiv, och wann et vläit e bësse iwwerdrüwen ass, mär hunn esou muench Saachen an Dossieren erreicht. Wie weess, wéi den Entwurf vum Naturschutzgesetz ausgeséich wa mär eis net abruet hätten. Mär krute Verbesserungen um Niveau vun der Albusanéeierung duerch; hunn och mat de Klimapakt tëscht Gemengen a Staat beaflosst; mär hunn och op eiser Foire Firmen aus dem ekologesche Beräich eng Plattform ginn; en Thema wéi vegetarescht a biologesch lessen ass net nëmmen, awer och vun eis verbreet ginn; jorelaang gouf e Code de Déontologie fir héich Staatsbeamten, Deputéiert a Regierungsmemberen versprach grad wéi e Freedom of Information Act ... näischt ass geschitt ... ma et ass eis gelungen, no dem Dossier Léiweng hei net lass ze loosse, haut leien zumindest Entwërf vum Dësch. Kaum eng Woch wou mär net an der Éffentlechkeet, sief et national oder regional, präsent waren

Wéi seet een esou schéin, mär hu gehollef d'Iddi

vun der nohalteger Entwécklung e kléngt Stéckelche virunzebréngen. Jo, eigentlech e gutt Joer.

A ganz bemierkenswert 2012: e bësse eng Zéréckbesënnung op eis Wuerzelen. 2011 hate mär eppes gesot: 2012 wëlle mär eng llicht Verlagerung vum Schwéierpunkt vun eiser Aarbecht ... E bësse manner national Politik, an duerfir nach méi Positives vun „ënne“ verännere. An dee Wee hu mär ageschloen. Nach seelen hate mär e Joer mat Konferenzen a Seminaren déi esou gutt besicht waren an esou e Succès haten. E puer honnert Leit aus Gemengen - sief et aus de Gemengeréit, Kommissiounen oder soss engagéiert Leit - sinn op eis Veranstaltungen am Themeberäich nohalteger Gemengepolitik komm. An ech si mär sécher: wann a 5-10 Joer d'Biergerbedeelegung en anere Stellewäert zu Lëtzebuerg wäert hunn, da läit et och ganz vill un eis. Mär hunn och mam Modell Tübingen de Kapp mat opgemaach fir ze weisen, datt e.a. Bauen haut kann anescht geschéie wéi an der Vergangeneit. Et gouf wuel kaum e Joer, wou mär um Terrain esou präsent waren, esou vill erreicht hunn.

An duerfir steet de Mecos vun Ufank un: mär sin eng Bewegung vun ënnen, wëllen och um Terrain, an de Gemengen eppes bewegen. Do war 2012 sécher eent vun eise beschte Joeren. Mat eise Gemengeseminaren hu mär och strukturell Akzenter gesat!

Firwat fällt mär da meng Ried esou schwéier?

Ech wëllt et un 2 Beispiller duerleeën:

- Ech hoffen, datt et eis endlech gelénge wäert, am Oktober 2 Referente fir en Austausch ze kréien doriwwer, wéi mär eis der Problematik vum Wuesstem stelle sollen: de Reinhard Loske,



De Mouvement - lieweg, kritesch, engagéiert

Wasserliberalisierung in Luxemburg vor. Nach einer Diskussion und einigen Abänderungen wurde die Motion ebenfalls „par acclamation“ gutgeheissen.

Als nächster Punkt wurde der neue Verwaltungsrat 2013 gewählt. Dabei war die Situation folgende:

Nicht-Austretend aus dem Verwaltungsrat waren: Théid Faber, Tom Gallé, Béatrice Kieffer, Marc Schollen, Laure Simon, René Wampach, Blanche Weber.

Austretend und ihre Kandidatur erneut stellend waren: Emile Espen, Gérard Kieffer, Marianne Millmeister, Jeannot Muller, Paul Polfer, Bob Reuter, Roger Schauls, Ingo Schandeler. Nathalie Schmit erneuerte ihr Mandat nicht und Emile Espen bedankte sich bei ihr für ihr Engagement in den vergangenen Jahren. Eine neue Kandidatur lag nicht vor. Da demnach 15 Kandidaturen vorlagen und maximal 17 Mitglieder im Verwaltungsrat statutarisch zulässig sind und keine Gegenstimme auf der Generalversammlung zu dieser Besetzung vorlag, fand eine Wahl "par acclamation" statt. Der neue Verwaltungsrat 2013 wurde somit einstimmig gewählt. Danach fand eine kurze Pause statt.

Der zweite Teil des Kongresses war der Thematik „**Fir eng nohalteg Entwécklung vun eise Gemengen – fir méi eng staark Biergerbedeelegung**“ gewidmet. Théid Faber stellte die juristische Situation betreffend die Erstellung der Flächennutzungspläne vor, Blanche Weber die Prinzipien der Bürgerbeteiligung sowie die Möglichkeiten im Rahmen der Flächennutzungsplänen aktiv zu werden.

Blanche Weber stellte ebenfalls den diesbezüglichen Motionsentwurf des Verwaltungsrates vor.

Daraufhin fand eine lebhaft Diskussion statt. In dieser wurde u.a. darüber diskutiert, wann Bürgerbeteiligung sinnvoll ist, wie sie organisiert werden kann, welche Grenzen es gibt. Dabei wurde auch das Problem besprochen, dass der Staat den Gemeinden nicht ausreichend Informationen zur Verfügung stellen würde betreffend die Vorgaben der Landesplanung.

Die Motion wurde dann auch in dem Sinne abgeändert, dass der Mouvement Ecologique eine Reform des Gesetzes zur Flächennutzung einfordern wird, so dass die Bürgerbeteiligung in Zukunft obligatorisch sein soll. Ebenso setzen wir uns für die Ausbildung von Fachleuten in Sachen Bürgerbeteiligung ein. Mit u.a. den genannten Abänderungen wurde der Motionsentwurf „par acclamation“ gutgeheissen.

Gegen 18.30 bedankte sich Blanche Weber bei den Teilnehmenden für die Teilnahme an dem interessanten Kongress und übergab Bürgermeister Jos Roller zum Abschluss das Wort.

Als Vertreter des Schöffensrates richtete der Bürgermeister noch einige Worte an die TeilnehmerInnen und zog dabei vor allem Stellung zur Problematik der Gemeindefinanzen, der Zusammenarbeit in der Regionale Alzettetal und der fehlenden Informationen der Regierung gegenüber den Gemeinden betreffend Vorgaben der Landesplanung für die Flächennutzungspläne. Daraufhin lud er die Anwesenden zu einem "Eirewäin /-jus" ein.

Weitere Infos: Präsentationen usw. auf www.meco.lu.

vläit nët méi ëmmer esou üblech ass. Net esou stereotyp, Verléiftheet och an den Detail...

Dir denkt elo, a wéi kritt hatt d'Kéier, wat hunn déi 2 Sachen mateneen ze dinn? Mais vill! Well wann een de Meco och als Instrument vun der nationaler Politik définéiert, dann ass et vläit op dësen 2 Niveauen wou d'Joer 2012 net grad esou erfolgräich war.

Erreeche vu strukturelle Verännerungen um nationale Niveau

Strukturell Verännerungen um nationalen Niveau, an der nationaler Politik, loossen op sech waarden, e Choix fir gesellschaftlech Wäerter, en Hannerfroen vun dem Üblechen, e Perspektivewissel am Interessi vun de kommende Generationen geschitt kaum oder zumindest bei Wäitem net genuch. Jo, déi national Politik enttäuscht a mécht och rosen.

Ech muss et zouginn: Meng éischt Versioun vun der Ried war virun allem folgend: Et wär schimmhäfteg, dass eng LSAP e Robert Goebbels géng op EU-Niveau fir eng Landwirtschaft antrieden an ofstëmme loossen, deen esou guer näischt mat nohalteger Landwirtschaft ze dinn huet. Ob hie fir d'LSAP géng schwätzen, ob dat och d'Haltung vun Lëtzeburger Landwirtschaftsminister wier... oder ob eng LSAP lassgëléist vun der Person déi mär eigentlech egal ass, sech de Luxus géng erlaben zwar zu Lëtzebuerg de Partezwang héich ze halen, awer d'EU-Politik scheinbar esou wéineg wichteg hält, dass se do en „electron libre“ wëllten hunn. An et géng dat selwecht gëlle fir eng CSV, wou eng Deputéiert wéi z.B. d'Astrid Lulling grad esou oft géng problematesch Positionen anhuelen. Wéi mär ënnert deenen do Bedingungen als Leit solle gewonne ginn, EU-Politik an och Parteien eescht ze huelen. Wou och

d'Ëmsetzung vun de Versprieche bei der Verfassungsreform dru wär, dass EU-Themen am Virfeld vun Décisionen zu Lëtzebuerg beschwat géif ginn.

An ech hat ugesat, dass ee sech endlech méi Profil vun engem Claude Wiseler als Nohaltegkeitsminister erwaart, dee mat schëlleg wär, dass nohalteg Themen am grouse Ministère ersoff géif an deen ni Premier géif - wat hie wëll, menge verschidde Leit - wann hien net géng endlech Faarf bekennen a kloer fir eppes géng astoen. Dass mär vläit den Etienne Schneider an deem Sënn schätzen, dass mat him besser schwätzen ass wéi mam Jeannot Krecké, ma dass hien awer nach weise muss, dass hie niewent sengem Pragmatismus méi kann, och fir politesch Orientierungen am Ekologesche steet. Dass et zwar gutt ass, wann eng Lëtzeburger Delegatioun op Paräis geet a sech do fir d'Zoumaache vu Cattenom asetzt, ma dass mär do awer sécherlech nach méi Poids hätten, wa mär eis als Land net gläichzäitig géngen u Cattenom uschléissen a wa Lëtzebuerg 2012 d'Chance genotzt hätt, den Atomausstieg och rechtlich ze verankeren. Oder e Minister Halsdorf, deem et zënter Joeren net geléngt eng Waasserschutzpolitik iwwert de Statut vun Waasserpriis ze hiewen

Schlussendlich ass meng éischt Versioun vun der Ried drop erausgelaf, virun allem eng gewëss Enttäuschung a Roserei par Rapport zu dëser Regierung ze formulieren, déi aus der Siicht vun der nohalteger Entwécklung eraus hier Aarbecht ganz einfach net mécht! Firwat steet dës Regierung, Majoritätsparteien? Wat sinn hier Wäerter? Wéini geet si et un déi nohalteg Entwécklung wirklech ëmzesetzen?

Jo, ech stinn zwar zu all deenen Aussoen... Mais: an dorops kënn et un gesellschaftlechen Engagement - alles dat wat ech a mengem éischten Deel vun der Ried opgeléicht hunn - huet d'Politik, huet Gesetzer verännert. Duerfir wier et vill ze kuerz gegräff gewiescht, bei aller Berechtetheit vun der Analyse, wann den Haaptduktus vu menger Ried sech ëm déi national Politik a Parteien gedréint hätt. A vläit sollen de Reinhard Loske an de Nico Paech unerkennen, dass mär bëides brauchen, eise Match maache fir Strukturen ze verännern... an Drock, Géigevisionen vun ën-

nen opbauen... esou wéi de Meco et mécht.

Mär brauchen duerfir e laangen Otem mais mär hunn deen!

D'Politik soll sech bei hire Strategien fir d'Nationalwalen net iren: de Stellewäert deen d'Leit de Grondfroe vun der Orientierung vun der Gesellschaft ginn, der Fro, wéi e Planéit mär eise Kanner hannerloossen ... ass ganz héich!

Duerfir setze mär eis weider derfir an, dass endlech de Wuesstemsdogma hannerfrot gëtt, mär fuerdere mat aller Däitlechkeit dass dëst Joer de Gesetzesprojet vun Tram déposéiert gëtt, mär wieren eis dergéint dass eist Land mat Mais zougeplant gëtt a maachen eis staark fir eng méi autonom Liewesmëttelversuergung op eise landwirtschaftleche Flächen an duerfir och d'Notzung vu Gülle an de Biogasanlagen, mär setzen eis fir e reelle Waasserschutz amplaz enger héichgeschaukelter Waasserpriisdiskussion an, mär trieden a fir Diversitéit an eise Landschaften ... mär wäerten alles maachen, dass déi Réforme administrative vun där geschwat gëtt net falsch Léisunge sicht an dass d'Rechter vun de Bierger, de Schutz vun Natur an Ëmwelt net geschwächt ginn, mär loossen och net labber, dass mär endlech Richtlinien an der Landesplanung anhalen, dass eist Land net hoffnungslos verbaut gëtt, mär liewens äert Regioune kréien!

Jo, mär wäerten fir esou Paradigmewisselen an der Politik astoen, och an engem Waljoer, a mat enger gewësser Portioun Roserei gemischt mat zukunftsorientierten Iddien.

Mais, fir op den Ufank vu menger Ried ze kommen...

Eisen Engagement ass méi... Gesellschaftlechen Engagement huet vill Facetten a grad elo wäerte mär desto méi mat Konsequenz och an eiser Basisarbecht, mat de Gemengen, eiser Vilfalt vun Dossiere weider aktiv sinn, nei Iddien op den Dësch leeën, ouni déi national Politik awer aus der Verantwortung ze huelen.

Wéi am Ufank gesot, mat Besonnenheet, ma och mat eise Häerzblutt, eiser Leidenschaft ... a virun allem eiser gemeinsamer Loscht zesammen eppes ze bewegen.



Öffentlechen Transport

Réunioun

Organisatioun vum Öffentlechen Transport Iddien fir kreativ Aktiounen Kommt laanscht an iwerleet - diskutéiert matt!

Ënn des Joers huet den Nohaltegkeetsministère - ouni Virukenegung - d'Tarifer am öffentlechen Transport erheicht. Deelweis goufen do déi falsch Akzenter gesat, esou d'Meenung vum Mouvement Ecologique.

A virun allem: zwar goufen d'Tarifer erheicht, ma bis elo ass leider bei wäitem net genuch geschitt, fir den öffentlechen Transport am Alldag méi attraktiv ze maachen. Och wann den öffentlechen Transport secher besser ass wéi sei Ruff, et bleiwt ganz viles ze änneren!

- Wéi oft steet een op enger Gar an den Zuch huet erem Verspeidung, ouni datt ee wees firwat?
- Wéi oft och verpasst ee grad de Bus, wéll den Zuch Verspéidung hat?
- Oder: wien denkt sech net heiansdo: di Horaire si net mei ugepasst a missten iwwerschaft ginn.



Mir wëllen eis iwerleen, ob mir als Mouvement Ecologique - evtl. mat Partner - wellten Aktiounen an diem Beräich maachen, einfach, fir nach mei kloer d'Fuerderungen vum Client par Rapport zu dem Staat, enger CFL asw. ze äusseren.

Kënnt Dir déi Situatioun? Hätt Dir Loscht mat ze iwerleen an dono och un der Ëmsetzung vun enger Aktioun ze hëllefen? Da kommt an diskutéiert matt!

An zwar den Donneschden, den 2ten Mee um 18.00 an der Jugendherberg Pafendall an der Stad!

Vgl mëllt lech awer onbedengt un via meco@oeko.lu oder Tel. 439030-1 (och falls den Termin aus iergend engem Grond misst verluet ginn)!

Landwirtschaft

entrevue

Von Pestiziden zur Agrarreform und dem Trinkwasserschutz

Aufschlussreiche Unterredung des Mouvement Ecologique sowie dem « Lëtzebuurger Landesverband fir Beienzucht » mit Landwirtschaftsminister R. Schneider

Anfang März hatten der Mouvement Ecologique sowie der « Lëtzebuurger Landesverband fir Beienzucht » eine gemeinsame Unterredung mit Landwirtschaftsminister R. Schneider, begleitet von einer Reihe von Beamten.

Zentraler Punkt der Sitzung war die Politik Luxemburgs in Sachen **Pestizide**. Der Mouvement Ecologique und der « Landesverband fir Beienzucht » hatten Ende 2012 Kritik am Ministerium geäußert, da dieses u.a. seinen EU-Verpflichtungen in Sachen Pestizide ihrer Meinung nach nicht nachkam. Im Laufe der Sitzung legte der Minister die derzeitige Vorgehensweise des Ministeriums dar. Auf EU-Ebene setzt sich Luxemburg gemäß Aussagen des Ministers grundsätzlich für das Vorsorgeprinzip und somit für das Verbot sog. "Neonikotinoide"; die in Beizmitteln von Saatgut enthalten sind, ein. In Luxemburg soll in den nächsten Wochen ein erster Entwurf des Aktionsplanes "Pestizide" erstellt werden, welcher der EU-Kommission zugestellt wird; parallel soll dieser in Work-Shops mit Akteuren verfeinert und bis Ende des Jahres in definitiver Form vorliegen. Als Voraussetzung dafür soll die Personaldecke für die Handhabung des Dossiers seitens des Landwirtschaftsministeriums sichergestellt werden; zudem soll Händlern und Landwirten mittels Rundschreiben des Ministeriums im Laufe des Monats März empfohlen werden, bereits bei der Maissaat im April / Mai keine Neonikotinoide mehr einzusetzen; die wissenschaftlichen Analysen über das Bienensterben in Luxemburg sollen weiter verfolgt werden sowie die bereits vorhandenen Statistiken über in Luxemburg angewandten Pestizide bzw. Wirkstoffe vervollständigt werden. Würde dies alles



umgesetzt und auch wie versprochen alle Akteure an einer systematischen Erstellung des Aktionsplanes beteiligt werden, so wären in den Augen der beiden Organisationen wichtige Akzente gesetzt.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung mit dem Mouvement Ecologique war die **Erstellung des sogenannten "Plan de développement rural", der auf den Vorgaben der derzeit diskutierten Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) basiert**. Hier geht es darum, die zentralen Orientierungspunkte der Landwirtschaftspolitik in den nächsten Jahren in Luxemburg zu regeln. Dabei würden gemäß Minister auch die betroffenen Akteure in die Erstellung eingebunden, die BürgerInnen sollten nach Vorlage des Planes die Möglichkeit haben, das Dokument über Internet einzusehen und zu kommentieren. Der Mouvement Ecologique verwies darauf, dass neben den landwirtschaftlichen auch weitere gesellschaftliche Akteure dabei zu Wort kommen müssten (Umweltverbände, Naturschutzsyndikate...). Eine andere Vorgehensweise stünde auch im Widerspruch zu EU-Recht, welches eine Beteiligung aller betroffenen Akteure vorsieht. Dies wäre letztlich auch im Interesse der Landwirtschaft, wenn sie sich derart der Gesellschaft öffnen würde.

Diskutiert wurde zudem über die **Förderung der Biogasanlagen** in Luxemburg. Konsens bestand darin, dass eine weitaus höhere Güllemenge in die Biogasanlagen eingebracht werden

soll sowie, dass Altanlagen auch – nach Modernisierung – von den günstigeren Tarifen von Neuanlagen profitieren können. Der Mouvement Ecologique brachte seine Bedenken gegenüber den derzeitigen Vorschlägen des Wirtschaftsministeriums an. Diese würden gemäß Mouvement Ecologique zwar die genannten Prinzipien anerkennen, jedoch ungenügende Anreize bieten, um das Ziel einer verstärkten Güllennutzung zu erreichen. Der Landwirtschaftsminister gab an, er würde das Dossier in einer weiteren Unterredung mit dem Wirtschaftsministerium besprechen.

Zum Schluss fand noch ein kurzer Austausch über den Trinkwasserschutz, den Schutz wertvoller Böden sowie das Biotopkataster statt. Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass der vorliegende Reglementsentwurf zum Trinkwasserschutz keinen ausreichenden Schutz gewährleisten wird, und dass weitergehende Maßnahmen, so wie vom Landwirtschaftsministerium ins Auge gefasst, erfolgen müssten. Dies einerseits um die Zielwerte des Trinkwasserschutzes in den unterschiedlichen Schutzgebieten zu erreichen, jedoch auch um die notwendige Akzeptanz seitens der Landwirte zu erreichen.

Insgesamt eine sehr konstruktive Aussprache, deren konkrete Resultate sich hoffentlich in den nächsten Monaten zeigen werden.

Mouvement Ecologique asbl., Lëtzebuurger Landesverband fir Beienzucht

Landwirtschaft

Aktualitéit

Für eine nachhaltige Biogasproduktion in Luxemburg: Gülle als sinnvollster Rohstoff nutzen – "Pioniere" bei den Landwirten nicht benachteiligen!

Derzeit stehen sehr wichtige Entscheidungen in Sachen „Förderung der Biogasanlagen“ in Luxemburg an. Diese werden nicht nur für zahlreiche Landwirte von besonderer Bedeutung sein sowie den Ausbau der erneuerbarer Energien / den Klimaschutz in Luxemburg beeinflussen, sondern sie sind auch außerordentlich wichtig aus der Sicht des Naturschutzes.

Letztendlich entscheidet sich dieser Tage, mit welchen Rohstoffen die geschätzten 80 neuen Biogasanlagen in Luxemburg eingespeist werden sollen. Aus der Sicht des Mouvement Ecologique vielleicht etwas überspitzt formuliert: mit Gülle, eh anfallenden Rohstoffen, oder aber mit Mais u.ä. und allen damit verbundenen Problemen.

Gemeinsam mit der Biogasvereinigung hat der Mouvement Ecologique eine Stellungnahme zur Thematik der Förderung der Biogasanlagen erstellt und u.a. im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt.

Falls an den Entwürfen des Wirtschaftsministeriums keine grundsätzlichen Abänderungen durchgeführt werden, so wäre dies aus Naturschutzsicht verheerend... aber auch für die Biogasanlagenbetreiber... so die generelle Ausrichtung der gemeinsamen Stellungnahme, die zudem konkrete Vorschläge beinhaltet.

Beide Organisationen richten deshalb einen dringenden Appell an die Regierung und vor allem die Minister Etienne Schneider, Romain Schneider und Marco Schank noch Korrekturen am Entwurf des entsprechenden Förderreglementes durchzuführen.

Positiverweise hat die Pressekonferenz auch dazu beigetragen, dass die Grüne und die Demokratische Partei eine Diskussion in der zuständigen Kommissionen der Abgeordnetenkammer einfordern! Man darf demnach gespannt sein...

Seit Jahren engagieren sich sowohl die „Biogasvereinigung Letzebuerg“ als auch der Mouvement Ecologique für die verstärkte Biogasproduktion in Luxemburg. Im Juni 2012 hat der Mouvement Ecologique eine 50seitige Strategie zur Nutzung der Biomasse in Luxemburg vorgestellt, die in seinem Auftrag von Dr. Gerhard Bronner (Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg) erstellt wurde.

Dabei vereint die beiden Organisationen folgende Grundidee: die Nutzung der Biomasse stellt mit den richtigen Rahmenbedingungen

- eine zukunftsweisende Energiequelle;
- ein wichtiges Standbein für die landwirtschaftlichen Betriebe;
- und eine ökologisch sinnvolle Produktion dar.

Der Mouvement Ecologique sowie die Biogasvereinigung bedauern dabei seit Jahren, dass es Luxemburg an einer gezielten Strategie und konkreten Zielsetzungen zur Förderung der Biomasse fehlt.

Daraus ergibt sich aus mehrerer Hinsicht eine höchst problematische Situation:

- Chancen zum Ausbau der erneuerbaren Energien sowie für die Klimaentlastung durch verstärkte Vergärung von Gülle werden verpasst;
- bestehende Anlagen gelangen an ihre Rentabilitätsgrenzen, z.T. ist deren Fortführung in Frage gestellt, neue Anlagen werden nur in begrenztem Ausmaß errichtet.

Das Problem liegt dabei vor allem darin, dass die Regierung sich keine Prioritäten gegeben hat ... und die heutigen Förderreglemente die

falschen Akzente setzen: sowohl was die generelle Förderung der Anlagen als auch was die verwendeten Rohstoffe anbelangt.

Die traurige Konsequenz: Das heutige Potential wird nicht ausgenutzt: derzeit werden nur 10% der anfallenden Gülle und des anfallenden Mists verwendet, eine vollständige Erschließung zur energetischen Nutzung müsste jedoch oberstes Ziel sein!

Denn auch wenn sie in der direkten Nutzung teurer ist, liegen die gesellschaftlichen Vorteile doch auf der Hand. Dem Staat müsste deshalb alles daran gelegen sein, die Nutzung dieses Rohstoffes voranzutreiben und dem Landwirten eine ökonomische Rentabilität zu gewährleisten.

Derzeit wird dann auch das diesbezügliche Förderreglement vom Wirtschaftsministerium überarbeitet.

Positiverweise hat das Ministerium einige der Mängel des auslaufenden Reglementes nach Gesprächen mit der Biogasvereinigung und dem Mouvement Ecologique behoben. Z.B. werden z.T. höhere Tarife für Altanlagen zugestanden u.a.m. Diese Neuerungen begrüßen die beiden Organisationen ausdrücklich!

Aber: es bleiben zwei sehr substantielle Probleme bestehen, die zu erheblichen negativen ökonomischen und ökologischen Konsequenzen führen können. Im Klartext: Altanlagen könnten schließen müssen, da sie nicht mehr rentabel betrieben werden können, und anstatt vorhandene Potenziale bei Gülle und Reststoffen zu nutzen, könnte der Anbau von Energiepflanzen, sogenannten nachwachsenden Rohstoffen oder NaWaRos (momentan insb. Mais) weiter zunehmen.... Eine Situation, die unbedingt vermieden werden muss.



Eine sehr wichtige Entscheidung steht derzeit an: Sollen Luxemburger Biogasanlagen in Zukunft verstärkt mit Gülle und anderen eh anfallenden Rohstoffen versorgt werden? Oder aber mit spezifischen angebauten Energiepflanzen, wie z.B. Mais, und den damit verbundenen Problemen z.B. aus der Sicht der Biodiversität usw.?

Deshalb möchte der Mouvement Ecologique und die Biogasvereinigung mit folgender Stellungnahme einen Appell an das Wirtschaftsministerium richten, diese zwei zentralen Punkte noch einmal zu überdenken.

Dabei ist aber nicht nur das federführende Wirtschaftsministerium, sondern auch das Landwirtschafts- und das Nachhaltigkeitsministerium gefordert: denn die nachhaltige Biomasse-Nutzung ist ebenfalls eine Frage der Entwicklung der Luxemburger Landwirtschaft sowie des Natur- und Landschaftsschutzes!

Dabei lässt sich die Grundidee von Mouvement Ecologique und Biogasvereinigung, nämlich die Förderung einer nachhaltigen Biogasproduktion, mit folgendem Zitat von Gerhard Bronner zusammenfassen: "Ziel ist, die Menge an Bioenergie zu erzeugen, die ohne größere Zielkonflikte mit anderen Belangen (Ernährung, Ökologie, Flächenkonkurrenz) erzeugt werden kann. Dies bedeutet in erster Linie die Nutzung von Reststoffen und Nebenprodukten."

1. Förderung derart ausrichten, dass Gülle / Bioabfälle / Landschaftspflegematerial die zentralen Rohstoffe bei der Produktion von Biogas darstellen

Zentraler Aspekt für die ökologische Wertigkeit einer Biomasseproduktion ist die Frage, welcher Rohstoff verwendet wird. Es liegt auf der Hand, dass es weitaus sinnvoller ist, bestehende sowieso anfallende Abfallstoffe zu nutzen als speziell Energiepflanzen anzupflanzen, deren Produktion erneut energieaufwendig ist.

D.h. eine nachhaltige Biomassestrategie sollte nach festgelegten Kriterien für Nachhaltigkeit vor allem auf der Nutzung von Bioabfällen, Gülle und Landschaftspflegematerial beruhen.

Die Vorteile lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Bioabfälle fallen eh an, was wäre intelligenter, als sie sinnvoll zu nutzen?
- Bioabfälle treten nicht in Konkurrenz zur landwirtschaftlichen Produktion: Flächen die in Luxemburg für den Anbau von Energiepflanzen verwendet werden, stehen nicht mehr für die Produktion von Lebensmitteln und Futtermitteln zur Verfügung. Dabei ist ein erklärtes Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaft (und aktuell eine Forderung im Rahmen der EU-Agrarreform), verstärkt in europäischen Ländern Futtermittel anzubauen und weniger Rohstoffe zu importieren. Es gibt in der Tat zahlreiche Belege dafür, dass der Anbau von Futtermitteln außerhalb von Europa zu zunehmenden Waldrodungen und Urbarmachung von Gras- und Buschland führt (z.B. Brasilien, Malaysia, Indonesien), mit allen damit verbundenen Konsequenzen aus Naturschutz- und sozialer Sicht sowie betreffend den Energieverbrauch;
- Die Verwendung von Gülle erlaubt es die Treibhausgasemissionen zu reduzieren
Gülle als Abfallprodukt der Tierhaltung wird wohl als Dünger verwertet. Bei der offenen Lagerung entstehen aber hohe Treibhausgasemissionen in Form von Methan. Wird Gülle allerdings in der Biogasanlage vergärt, entsteht Energie aus dem Methangas, es bleibt ein hochwertiges Düngersubstrat übrig, und die Methanemissionen entfallen.
- Bioabfälle: der beste Rohstoff aus Naturschutzsicht
Aus ökologischer Sicht sollte landwirtschaftliche Fläche soweit wie möglich für eine Lebensmittelproduktion durch eine extensive Landwirtschaft mit hohen Naturschutzstandards bzw. durch den Biolandbau genutzt werden, und weniger für den Anbau von Energiepflanzen, der - im Falle von Monokulturen - zudem zu einem Biodiversitätsverlust beitragen

Landwirtschaft / Naturschutz

Aktualitéit

kann. Wie auch immer man diese Situation einschätzt: am naturschutzverträglichsten ist die Nutzung von Gülle gegenüber dem Anbau von Energiepflanzen.

Das große Problem ist jedoch: Obwohl die Nutzung von Gülle aus ökologischer und ökonomischer Sicht die sinnvollste Strategie ist, ist die Nutzung von Gülle für den Landwirten weniger rentabel, als die Verwendung z.B. von Mais oder Getreide. Denn:

- Die Energiedichte von Mais ist weitaus höher als jene von Gülle (Faktor 9), d.h. man muss für den gleichen Energieoutput mehr Rohstoffe einbringen und
- dementsprechend sind für denselben Energieertrag vielfach größere Fermenter erforderlich.

Z.T. wird das Problem vom Ministerium erkannt. Es informierte die Biogasvereinigung sowie den Mouvement Ecologique über seine Bereitschaft, bei einem Input von 70% Gülle einen Bonus von 20 Euro/MWh elektrische Produktion einzuführen.

Aus den Berechnungen der Biogasvereinigung als auch aus jenen von Herrn Dr. Gerhard Bronner ergibt sich jedoch in aller Deutlichkeit, dass dieser Bonus absolut unzureichend ist und schlussendlich dazu führen wird, dass zu diesem Tarif keine Anlagen diesen Gülle-Input durchführen wird.

Gemäß Berechnungen von Dr. Bronner und der Biogasvereinigung wäre ein Bonus von 30 Euro/MWh bei einem Gülleinput von 30-50 Gewichts-% notwendig, ein Bonus von 50 Euro/MWh bei einem Input zwischen 50 und 70% sowie ein Bonus von 70 Euro/MWh bei mehr als 75% Input. Zwischen diesen Zahlen und denen, für welche das Wirtschaftsministerium optiert, liegen Welten.

D.h. de facto: Trotz Einführung eines Güllebonus, würde bei einer Höhe von nur 20 Euro de facto keine weitere Erschließung der Gülle für die Biogasnutzung stattfinden, es wäre lediglich ein „Wunsch auf Papier“, der jedweder ökonomischen Realität entbehren würde.

Der Mouvement Ecologique und die Biogasvereinigung richten deshalb einen dringenden Appell an Wirtschaftsminister Etienne Schneider sowie an die Minister Romain Schneider und Marco Schank, den Güllebonus den wirtschaftlichen Realitäten anzupassen und auch einen Güllebonus bei einem geringeren Input von Gülle zu gewährleisten.



Es liegt auf der Hand, dass sich bestehende Biogasanlagen dem Stand der Technik anpassen müssen, um auch weiterhin von einem erhöhten Einspeisetarif profitieren zu können. Allerdings: diese Erneuerungsmaßnahmen müssen auch Sinn machen und einen realen Vorteil mit sich bringen. Derzeit laufen noch Diskussionen mit dem Ministerium, wie dies erfolgen kann.

2. Risiko der Schließung bestehender Anlagen vermeiden! Reelle Chance zur Modernisierung gewährleisten

Neuere Anlagen erhalten eine höhere Vergütung als Bestehende. Die Begründung für die niedrigen Tarife für die Altanlagen seitens des Ministeriums lautet, bestehende Anlagen hätten sich bereits zum Teil rentabilisiert. Außerdem ist in der Biogastechnologie eine etwas außergewöhnliche Situation festzustellen: Während andere Technologien im Laufe der Jahre eher billiger wurden, wurde die Nutzung von Biomasse teurer, was sicherlich auch daran liegt, dass Biogasanlagen immer mehr Bedingungen (Sicherheit, Abgaswerte, Wärmeeffizienz, Geräuschminderung,...) erfüllen müssen.

Dabei stellt sich wie bei anderen Betrieben auch eine grundsätzliche Frage: eine Biogasanlage erfordert eine regelmäßige Anpassung an den Stand der Technik. Wenn derartige Investitionen durchgeführt würden, wäre es an sich nur logisch, dass diese Anlagen - falls weitgehende Neuerungen durchgeführt würden - auch unter den verbesserten Tarif für Neuanlagen fallen.

Falls diese Anerkennung der Sanierung nicht erfolgt, so würde eine recht abstruse Situation entstehen: der Betreiber würde quasi gezwungen seine bestehende Anlage, welche eigentlich noch funktionsfähig aber eventuell renovationsbedürftig ist, abzureissen um unter den Genuss der Vergütung wie bei einer Neuanlage zu kommen. Ein absoluter Widerspruch!

Diese Tatsache hat positiverweise auch das Wirtschaftsministerium erkannt. Auch das Mi-

nisterium will anerkennen, dass "modernisierte" Altanlagen unter bestimmten Voraussetzungen als Neuanlagen gewertet werden. Nur, es besteht ein Dissens darin, welche Investitionen hierzu durchgeführt werden müssen.

Nicht nur die gesamten technischen Teile, sondern auch die betonierten Behälter für die Vergärung müssten erneuert werden, sowie die Lagerplätze für die Biomasse. Kurzum: alles.

Dies wäre nach Ansicht der Biogasvereinigung sowie des Mouvement Ecologique der falsche Weg! Folgendes Beispiel illustriert stellvertretend für andere die Widersprüche und fehlende Logik der derzeit vorgeschlagenen Vorgehensweise: Gärbehälter gasdicht zu gestalten ist kostenaufwendig. Wenn diese Dichtigkeit noch gegeben ist, warum dann abbauen?

Lediglich möglichst umfangreiche Investitionen als Voraussetzung für die Vergütung festzusetzen ist demnach wenig sinnvoll. Wenn ein Bauteil auf Grund guter Qualität und guter Wartung gut in Schuss ist, ist ein Ersatz nicht sinnvoll.

Effizienz allgemein ist ebenso ein problematisches Kriterium. Was ist damit gemeint? Ökonomische Effizienz (das haben die Biogaser selbst im Auge), energetische Effizienz (das kann zur verstärkten Verwendung von weniger erwünschter Biomasse führen: NaWaRo) oder klimatische Effizienz (das wäre sinnvoll, ist aber nicht leicht zu operationalisieren)?

Mouvement Ecologique und Biogasvereinigung plädieren für objektive Kriterien im Sinne der Nachhaltigkeit, d.h. des Standards der neuen Anlagen und des Rohstoffinputs. Der Betreiber mit einer schlechteren Anlage müsste eben mehr investieren, jener mit einer besonders guten Anlage, nur wenig. Es dürften doch nicht diejenigen benachteiligt werden,

die besonders vorausschauend investierten!

So sollten fachliche Kriterien angewandt werden, wie z.B. BHKW wird mit Abgasnachverbrennung betrieben (Methanschluß, Katalysator geht nicht); Nutzung von mindestens 50 % der freien Wärme für Zwecke, die fossile Energie ersetzen u.a.m. Diese Forderung ist auch in dem Sinne logisch, da man für die Weitergewährung der Einspeisevergütung dieselben bzw. ähnliche Kriterien gelten wie für Neuanlagen.

Es gibt zudem Beispiele im Ausland, an denen man sich orientieren kann.

Schlussfolgerung

Mouvement Ecologique und Biogasvereinigung erkennen an, dass das Wirtschaftsministerium eine Reihe ihrer Vorschläge aufgegriffen hat und begrüßen diese Entwicklung.

Nur wenn in den beiden Fragestellungen der Gülle-Input und der Sanierung der Altanlagen keine Abänderung am vorliegenden Reglementsentwurf durchgeführt wird, so wären doch zwei der herausragendsten Ziele der Biogasentwicklung verfehlt.

Denn was ist wichtiger als zu regeln, dass auch die verwendeten Rohstoffe ökologischen Kriterien entsprechen oder aber, dass bestehende Anlagen nicht riskieren geschlossen werden zu müssen?

Die Biogasvereinigung sowie der Mouvement Ecologique erwarten ebenfalls, dass Landwirtschaftsminister Romain Schneider sowie der delegierte Nachhaltigkeitsminister Marc Schank in diesem Dossier aktiv werden.



**mouvement
écologique**

Mouvement Ecologique a.s.b.l.

4, rue Vauban
L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal

Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43

Mail: meco@oeko.lu
www.oeko.lu

Herausgeber